



OSTASIEN

Asien ist der größte und bevölkerungsreichste Kontinent der Erde und von großer geostrategischer Bedeutung für die EU. Mit China, Japan und der Republik Korea hat die EU drei strategisch wichtige Partner in Ostasien. Die Sicherheitsbedenken in der Region betreffen die nukleare Herausforderung durch Nordkorea und die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer. Die EU ist ein starker Wirtschaftsakteur und wichtiger Geber im Bereich der Hilfe und Entwicklungsförderung. Sie setzt sich für die Stärkung von Institutionen, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte ein.

Gegenstand dieser Kurzdarstellung ist der ostasiatische Raum. Weitere Kurzdarstellungen sind Südasien ([5.6.7](#)) und Südostasien ([5.6.9](#)) gewidmet.

RECHTSGRUNDLAGE

- Titel V (Auswärtiges Handeln der EU) des Vertrags über die Europäische Union (EUV);
- Artikel 206-207 (Handel) und Artikel 216-219 (internationale Übereinkünfte) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV);
- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (bilaterale Beziehungen).

OSTASIEN

A. VR China

Nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens von 1989 verhängte die EU ein Waffenembargo, das noch immer besteht. Die Beziehungen zu China nahm die EU allerdings 1994 wieder auf. Die wachsende wirtschaftliche und geopolitische Verflechtung beider Partner findet in der Strategischen Agenda 2020 für die Zusammenarbeit EU-China ihren Widerhall. Dank dieser Agenda wurde die Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen, etwa der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschaftsentwicklung, der globalen Ordnungspolitik und der multilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Investitionen sowie in sozialen, ökologischen und anderen Fragen und auch in Form persönlicher Kontakte vertieft und ausgeweitet. Im Jahr 2016 nahm die EU „Elemente für eine neue China-Strategie der EU“ an.

Das 21. Gipfeltreffen EU-China fand am 9. April 2019 in Brüssel im Anschluss an den strategischen Dialog zwischen der EU und China statt, der am 18. März 2019



in Brüssel zur Vorbereitung des Gipfeltreffens durchgeführt wurde. Die [gemeinsame Erklärung von 2019](#) zeigt die kontinuierlichen Bestrebungen auf, nicht nur bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zusammenzuarbeiten, sondern auch Impulse für bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu geben, damit diese deutlich stärker von Nichtdiskriminierung, fairem Wettbewerb und gleichen Wettbewerbsbedingungen geprägt sind. In diesem Zusammenhang vereinbarten die EU und China insbesondere, Lösungen für eine Reihe zentraler Hürden zu finden, die auf beiden Seiten ermittelt wurden. Beim nächsten Gipfeltreffen EU-China soll eine entsprechende Bestandsaufnahme durchgeführt werden.

In der gemeinsamen Erklärung wurde bestätigt, dass die EU und China als globale Akteure auch gemeinsam für die Bewältigung regionaler und globaler Herausforderungen verantwortlich sind. Dazu gehören der Klimawandel und die Umsetzung des Übereinkommens von Paris (COP 21), gemeinsame Sicherheitsbedrohungen (etwa Terrorismusbekämpfung und Cybersicherheit) und die Einhaltung der Atomvereinbarung mit Iran im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm. Sie bekräftigten ferner ihre Entschlossenheit, den Multilateralismus und das regelbasierte multilaterale Handelssystem zu stärken. Das umfasst auch die Reform der internationalen Währungs- und Finanzsysteme (darunter die IWF-Quoten) und die Reform der Welthandelsorganisation (WTO). Die EU und China haben in diesem Rahmen eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie bestätigten ferner, dass die G20 das wichtigste Forum für die internationale wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sind, wenn es um die Aufrechterhaltung des multilateralen Systems geht. Beide Parteien sprachen sich zudem dafür aus, die Konnektivität zwischen Europa und Asien zu verbessern, und zwar auf der Grundlage von Marktregeln, Transparenz, offenen Vergabeverfahren, gleichen Wettbewerbsbedingungen und fairem Wettbewerb. Darüber hinaus sollen Synergien zwischen der EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien und Chinas Initiative für eine neue Seidenstraße geschaffen werden.

Die EU und China sind bestrebt, 2020 ein ambitioniertes bilaterales Investitionsabkommen abzuschließen. Damit sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen geschaffen, neue Marktchancen eröffnet und Investoren und ihre Anlagen geschützt werden. Zudem böte es beiden Seiten die Möglichkeit, weitreichendere und höhergesteckte Ziele in Betracht zu ziehen.

Die EU ist nach wie vor Chinas wichtigster Handelspartner, und China stellt den zweitgrößten Handelspartner der EU dar. Der Warenverkehr zwischen der EU und China hat einen täglichen Wert von weit über 1,5 Mrd. EUR. Im Jahr 2018 beliefen sich die Ausfuhren aus der EU nach China auf einen Jahreswert von 210 Mrd. EUR, während in umgekehrter Richtung Waren in Höhe von insgesamt 395 Mrd. EUR eingeführt wurden. Die Ausfuhren aus der EU nach China im Dienstleistungsbereich erreichten 2017 44 Mrd. EUR, während Dienstleistungen in Höhe von 28 Mrd. EUR eingeführt wurden. 2017 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen Chinas in der EU auf fast 30 Mrd. EUR, während die Investitionen der EU in China Schätzungen zufolge im selben Jahr auf 6 bis 7 Mrd. EUR betragen.

Das Parlament hat in der Vergangenheit auf Chinas Menschenrechtsverletzungen hingewiesen, etwa willkürliche Festnahmen, Arbeitslager, die Todesstrafe, die



Einschränkung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, Zwangsabtreibungen und repressive Maßnahmen in [Tibet](#) und Xinjiang. Zudem unterstützt das Parlament die Forderungen chinesischer Bürger nach wirksamen politischen Reformen^[1] und verurteilt den Umgang mit verschiedenen Menschenrechtsverfechtern und -aktivisten. China lehnt jedoch jede „Einmischung“ in innere Angelegenheiten, darunter auch im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen, entschieden ab. Das 37. Treffen im Rahmen des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und China fand im April 2019 statt.

B. Taiwan

Die EU folgt der „Ein-China-Politik“ und erkennt Taiwan nicht als souveränen Staat an. Allerdings arbeitet die EU nach wie vor mit Taiwan in nichtpolitischen Bereichen zusammen, darunter Handel und Wirtschaft, Forschung und Klimawandel.

Die EU hat mit Taiwan einen strukturierten Dialog zu Wirtschafts- und Handelsfragen aufgenommen, der mehrere Wirtschaftszweige betrifft, etwa die Automobilbranche sowie die Branchen für Arzneimittel, Kosmetika und medizinische Geräte. Für Taiwan ist die EU der viertgrößte Absatzmarkt nach China, den USA und Japan. Der Warenverkehr zwischen beiden Seiten erreichte 2018 mit 51,9 Mrd. EUR einen neuen Höchstwert. Die EU stellt mit ausländischen Direktinvestitionen, die sich 2017 auf 21,2 Mrd. EUR beliefen, zugleich den größten Investor für Taiwan dar.

Das Parlament hat wiederholt eine engere bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und Taiwan in Bereichen wie Handel, Forschung, Kultur, Bildung, Klimawandel und Umweltschutz gefordert und seine Unterstützung für potenzielle Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan zum Ausdruck gebracht.

Am 22. März 2018 fanden die ersten Konsultationen zum Thema Menschenrechte zwischen Taiwan und der EU statt.

C. Hongkong

Die Beziehungen zwischen der EU und Hongkong betreffen Handel und Wirtschaftsentwicklung, die Zusammenarbeit im Zollwesen sowie Innovation und Technologie, Wettbewerb, Lebensmittelsicherheit, Umwelt und Bildung. Die EU war 2018 für Hongkong im Warenverkehr zweitgrößter Partner nach Festlandchina, während Hongkong an 17. Stelle der wichtigsten Handelspartner der EU beim Handel mit Waren und an zehnter Stelle beim Handel mit Dienstleistungen stand. Im Dezember 2018 fand das zwölfte Treffen im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen der EU und Hongkong statt. Das Parlament betonte sich in seiner 20 Jahre nach der Einrichtung der Sonderverwaltungsregion Hongkong angenommenen [Empfehlung vom 13. Dezember 2017](#), dass die Achtung des Grundgesetzes der Sonderverwaltungsregion Hongkong äußerst wichtig sei, wenn es um die weitere Stärkung der Beziehungen zur EU gehe. Die EU folgt zwar der „Ein-China-Politik“ und nimmt Chinas Ablehnung einer Einmischung in innere Angelegenheiten zur Kenntnis, in der Empfehlung wird jedoch Chinas Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hongkongs verurteilt, die die langfristige Lebensfähigkeit des Modells „Ein Land,

[1]Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2013 zu den Beziehungen zwischen der EU und China (ABl. C 36 vom 29.1.2016, S. 126)



zwei Systeme“ gefährden könnte. Aufgrund der Verbesserungen im Bereich der verantwortungsvollen Staatsführung hat die EU Hongkong am 12. März 2019 von der [Liste nicht kooperativer Steuergebiete](#) gestrichen.

D. Japan

Japan ist seit 2003 strategischer Partner der EU und teilt deren Werte mit Blick auf die Wahrung der Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Am 1. Februar 2019 ist das Abkommen über eine strategische Partnerschaft (SPA) zwischen der EU und Japan vorläufig in Kraft getreten. Dabei geht es um den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in politischen Fragen sowie bei regionalen und globalen Herausforderungen. Der Partnerschaft wird damit eine neue Dimension eröffnet. Das Abkommen wird ebenso den interparlamentarischen Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und dem japanischen Parlament stärken. Am 1. Februar 2019 ist auch das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und Japan in Kraft getreten. Es ist eines der umfangreichsten Freihandelsabkommen der EU und soll auf beiden Seiten Handel und Wirtschaftswachstum ankurbeln. Das WPA beinhaltet Zusagen mit Blick auf den Warenhandel und den Handel mit Dienstleistungen und bietet zudem einen Rahmen zur Förderung bilateraler Investitionen. Mit dem WPA wurden darüber hinaus hochgesteckte Ziele für eine nachhaltige Entwicklung festgelegt, denn erstmalig fand ein spezifisches Bekenntnis zum Übereinkommen von Paris Eingang in ein WPA.

Die EU und Japan teilen die Vorstellung von einer offenen und regelbasierten Weltwirtschaft, in der höchste Standards garantiert werden.

Japan ist für die EU nach China der zweitgrößte Handelspartner in Asien; 2018 belief sich der Handel zwischen den beiden Seiten auf insgesamt 135 Mrd. EUR. Beide Parteien wollen auch künftig die Investitionsbeziehungen verbessern und hierfür in naher Zukunft ein separates Investitionsschutzabkommen abschließen. Dieses Abkommen würde Normen für den Anleger- bzw. Investitionsschutz und Streitbeilegungsverfahren umfassen. Die EU und Japan schlossen ferner am 17. Juli 2018 die Verhandlungen über ein angemessenes Datenschutzniveau ab. Am 23. Januar 2019 nahmen die beiden Partner Beschlüsse an, mit denen ihre Datenschutzsysteme jeweils als „gleichwertig“ anerkannt wurden. Damit wurde der weltweit größte Raum für einen sicheren Datenfluss geschaffen.

Im Rahmen des 26. Gipfeltreffens EU-Japan vom 25. April 2019 wurden vorrangig Themen wie Klimawandel, regionale Sicherheit und Handel sowie der Stand der bilateralen Beziehungen erörtert.

E. Republik Korea (Südkorea)

Die Beziehungen zwischen der EU und Südkorea gehen auf das Abkommen über Zusammenarbeit und Amtshilfe im Zollbereich aus dem Jahr 1997 zurück. Heute ist Südkorea einer der zehn wichtigsten strategischen Partner der EU in den Bereichen weltweite Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt und internationale Zusammenarbeit. Der bilaterale Handel zwischen der EU und Südkorea hat stark zugenommen und verzeichnete im Jahr 2018 einen Rekordwert von über 100 Mrd. EUR. Die EU ist



ferner ein wichtiger Investor für Südkorea: 2017 beliefen sich ihre ausländischen Direktinvestitionen auf 51 Mrd. EUR.

Die Wissenschafts- und Technikbranche Südkoreas gehört zu den fortschrittlichsten der Welt. Die Ausrichtung auf Innovation steht dabei im Vordergrund. Im Bereich der Robotik und der künstlichen Intelligenz kann das Land zudem beeindruckende Erfolge vorweisen. Für die EU bieten sich hier neue Chancen für eine stärkere Zusammenarbeit in wissenschaftlichen und technischen Fragen.

Der digitale Wandel ist in der Wirtschaft Südkoreas äußerst weit vorangeschritten. Nach einer Reihe von Hackerangriffen, die sich auf öffentliche Einrichtungen und Millionen von Menschen auswirkten, arbeitet das Land derzeit an einer nationalen Strategie zur Cyberabwehr. Die Mehrzahl der großen Cyberangriffe wird Nordkorea zugeschrieben. Mit Blick auf Cyberbedrohungen ist ferner ein Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der EU und Südkorea zu verzeichnen.

Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel waren 2017 aufgrund der fortgesetzten nordkoreanischen Waffentests äußerst hoch. Die Teilnahme Nordkoreas an den Olympischen Winterspielen im Februar 2018 in Pyeongchang markierte hingegen einen Wendepunkt in den Beziehungen. Der südkoreanische Präsident Moon Jae-in bemüht sich darum, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen eine Entspannung der Beziehungen herbeizuführen. Zwischen April und September 2018 fanden drei innerkoreanische Gipfeltreffen statt, bei denen es um die Entnuklearisierung ging. Die EU unterstützt eine diplomatische Lösung der nuklearen Krise auf der koreanischen Halbinsel.

Im März 2017 bestätigte das Verfassungsgericht Südkoreas die Amtsenthebung der damaligen Präsidentin Park Geun-hye. Der Vorsitzende der demokratischen Partei, Moon Jae-in, wurde daraufhin im Mai 2017 zum Präsidenten gewählt. Die neue Regierung setzt auf eine anspruchsvolle auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Agenda, wozu sie die Staatsausgaben erhöht hat und eine auf Umverteilung ausgerichtete Sozialpolitik verfolgt.

Eine Delegation des Ausschusses des Parlaments für auswärtige Angelegenheiten besuchte im April 2018 Japan und Südkorea. Dabei ging es um eine Vertiefung der strategischen Partnerschaften und ihrer parlamentarischen Dimension.

Am 19. Oktober 2018 fand in Brüssel das neunte Gipfeltreffen EU-Südkorea statt. Beide Seiten erörterten die Ausweitung der bilateralen Agenda und allgemeinere Herausforderungen im Zusammenhang mit Sicherheit und Frieden auf weltweiter und regionaler Ebene und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

F. Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Die EU verfolgt gegenüber der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) eine Politik des kritischen Engagements, bei der Druck in Form von Sanktionen und weiteren Maßnahmen ausgeübt wird, gleichzeitig aber Kommunikationskanäle offen gehalten werden. Der bilaterale Austausch ist sehr begrenzt. Derzeit gibt es mit Nordkorea weder geltende bilaterale Verträge über die politischen Beziehungen noch Handelsverträge. Mit Ausnahme der humanitären Hilfe wird die Entwicklungszusammenarbeit der EU, die vornehmlich die Ernährungssicherheit betrifft, zudem von politischen Erwägungen,



Sanktionen der Vereinten Nationen und anderen Restriktionen bestimmt. Das Parlament hat Pjöngjang in mehreren Entschlüssen wegen seines Atom- und Raketenprogramms verurteilt und seiner äußerst großen Besorgnis angesichts der sich verschlechternden Menschenrechtslage im Land Ausdruck verliehen.

Zur Ergänzung und Verschärfung der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (2270, 2321, 2371, 2375 und 2397) [weitete die EU die Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea mehrfach aus](#), indem sie das Verbot von Investitionen in Finanzdienstleistungen und Verkehr auf weitere Branchen ausdehnte. Dazu gehören die mit konventioneller Rüstung in Verbindung stehende Industrie, das Hüttenwesen, die Luft- und Raumfahrt sowie Computerdienstleistungen und Dienstleistungen im Bereich Bergbau sowie im Fertigungsbereich der Chemie-, Bergbau- und Raffinerieindustrie. Im April 2018^[2] nahm die EU eine weitere Person und 21 Einrichtungen in die Liste der Personen auf, für die die gegen Nordkorea gerichteten restriktiven Maßnahmen gelten. Ausschlaggebend dafür war ihre Beteiligung an illegalen Handelstätigkeiten und Tätigkeiten zur Erleichterung der Umgehung der verhängten Sanktionen. Derzeit stehen insgesamt 80 Personen und 75 Einrichtungen auf der von den Vereinten Nationen geführten Liste, während die EU weitere 59 Personen und neun Einrichtungen auf ihrer Sanktionsliste führt.

Nach der gemeinsamen Teilnahme von Nordkorea und Südkorea an den Olympischen Winterspielen im Februar 2018 in Pyeongchang fanden drei innerkoreanische Gipfeltreffen statt (April, Mai und September). Diese historische Entwicklung zeigt das beiderseitige Interesse an Entspannung und Frieden auf der koreanischen Halbinsel.

Das erste Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und den USA fand am 12. Juni 2018 in Singapur statt. Der nordkoreanische Präsident Kim Jong-un und der US-Präsident Donald Trump sind in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 12. Juni 2018 übereingekommen, neue Beziehungen auf der Grundlage der Panmunjom-Erklärung aufzubauen, die im April 2018 auf dem innerkoreanischen Gipfel unterzeichnet wurde. Nordkorea sagte zudem zu, auf eine vollständige Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel hinzuwirken. Das zweite Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und den USA fand am 27. und 28. Februar in Hanoi (Vietnam) statt. Dabei wurde jedoch keine Einigung hinsichtlich der Entnuklearisierung erzielt. US-Präsident Trump erklärte, er sei bereit, die Verhandlungen mit Kim Jong-un fortzusetzen.

Jorge Soutullo / Ulrich Jochheim
05/2019

[2]<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/04/06/north-korea-eu-aligns-its-restrictive-measures-with-latest-un-sanctions/>

